Politisches Forum "Mehr Mut zur Tat"

**"Mut zur Tat – Politik und Bürger zusammen"**

**Diskussion zum Thema Erneuerbare Energien/Ausbau der Windkraft**

**am 2. Februar 2023**

Volles Haus bei der Veranstaltung des Politischen Forums Mehr Mut zur Tat im Franz-Hitze-Haus. Mehr als 100 Teilnehmer waren zur Diskussion mit NRW-Wirtschafts­ministerin Mona Neubaur, André Stinka, dem Wirtschaftspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag NRW, Johannes Lackmann, Geschäftsführer von Westfalen-Wind, und Manfred Müller, Landrat a.D. des Kreises Paderborn und Vorsitzender von Westfalen e.V. gekommen.

Neubaur eröffnete gleich damit, Mut zur Tat sei jetzt das richtige Motto. Nachdem nun alle verstanden haben, dass Klimaschutz Priorität 1 sein muss, sollen sich nun Politik, Behörden und vor allem auch möglichst viele Bürger für den Ausbau der Erneuerbaren Energien einsetzen. Lackmann ergänzte später, der Verzicht auf traditionelle Energien gelinge nur in dem Maße, in dem die "grünen" Energien verfügbar seien. Neubaur bekräftigte, NRW wolle ernsthaft dekarbonisieren, aber auch für eine weiter gut funktionierende Wirtschaft und Arbeitsplätze sorgen. Die Erneuerbaren Energien können und sollen ein Geschäftsmodell werden und NRW wolle den Umbau beispielhaft gestalten. Die gerade beschlossene EU-Notfallverordnung erlaubt den Mitgliedsstaaten unmittelbar Ausnahmen von der Arten­schutzprüfung und der Pflicht zur Umweltverträglichkeitsprüfung für Erneuerbare Energien, Speicher und Netze (unter bestimmten Voraussetzungen) zu ermöglichen. Vor allem wird es im Artenschutz zukünftig nur noch auf die Erhaltung der Art, aber nicht jeder einzelnen Tierfamilie an. Außerdem sollen die bisher einheitlich auf 1000 m festgelegten Abstands­regeln flexibilisiert werden, aber die Mitnahme von Bürgern und Kommunen z.B. durch finanzielle Beteiligung durch Bürgerenergiefonds oder günstige Kredite für Bürgerenergie­gesellschaften gefördert werden. Waldbauern dürften mit mehr Flexibilität rechnen, indem Flächen mit durch Sturm oder Klimawandel vernichtetem Wald als "Kalamitätsflächen" zum Windenergiebau freigegeben werden sollen. Schließlich wolle Neubaur zukünftig regelmäßig mit den Regierungspräsidien über den Ausbaustand und wo es hake sprechen.

Stinka betonte die Notwendigkeit, möglichst viele Bürger "mitzunehmen". Der anstehende Umbau von Wirtschaft und Landschaft sei so groß wie zuletzt beim Wiederaufbau. Wenn er mit Gymnasiasten in seinem Wahlkreis diskutiere, ginge es denen hauptsächlich ums Klima; besuche er Berufskollegs, ginge es den jungen Leuten um gute Jobs, bezahlbaren Wohnraum und sichere Kita-Plätze. Auch einen Stadt-Land-Gegensatz gelte es zu vermeiden; da Wind­energieanlagen nur auf dem Land möglich seien, müssten die Städte beim Energie­umbau mit systematischem Ausbau von Photovoltaik-Anlagen mitziehen.

Lackmann berichtete, dass der Kreis Paderborn schon seit 2018 als einziger Landkreis in NRW seinen Strombedarf durch erneuerbare Energien selbst deckt und seine CO₂-Emis­sionen im Vergleich zu 1990 um 39 % reduziert hat. In der Vorreiter-Gemeinde Lichtenau waren Bürger umfänglich einbezogen, vor allem durch die lokale Bürgerwind-Gesellschaft, und haben die inzwischen über 200 Windanlagen als Wirtschafts­entwicklung verstanden. Lackmann: "Das wird ein Gewinner-Thema." Allerdings müssen Gemeinden und Behörden mitziehen; vielen positiven Beispielen stehen auch bremsende Behörden gegenüber, wie in einem besonders krassen Fall, in dem eine Genehmigung wegen eines 2,5 cm (!) zu geringen Abstands zum nächsten Haus abgelehnt wurde. Problem sei auch eine falsch verstandene Beteiligung vom Umweltverbänden; insbesondere der NaBu habe Klagen gegen Windräder geradezu zum Geschäftsmodell gemacht und suche geradezu nach formalen Gründen für Klagen.

Müller ergänzte, man müsse grüne Energien zunehmend als Wirtschaftsthema verstehen. Kurze Wege von der Erzeugung zum Verbraucher helfe angesichts des schleppenden Netzausbaus. Die heute noch häufige Abschaltung von Windenergieanlagen wegen Netz­überlastung – lt. Lackmann wurden in 2022 12 Mrd. KWh wegen solcher Abschaltungen nicht produziert – müsse z.B. durch Wasserstofferzeugung unnötig werden. Elektrolyse hat zwar einen eher niedrigen Wirkungsgrad, was aber bei Überschuss-Strom nicht ins Gewicht fällt. Schon jetzt verlangten Unternehmen in der Region, z.B. Miele, zunehmend "grünen Stahl", der z.B. mit Wasserstoff statt fossilen Energien erzeugt wird. Lackmann ergänzte, die Anreize zum Netzausbau sollten auch dadurch erhöht werden, dass an Windstrom­erzeuger zu zahlende Kompensationen bei Abschaltungen von den Netzbetreibern nicht mehr an die Verbraucher weitergegeben werden dürften.

Anfang Februar 2023 konnte es nicht ohne "Lützerath" gehen. Angesichts von Demon­stranten vor dem Haus und eines lautstarken Zwischenrufers betonte Neubaur sehr über­zeugend, dass RWE ein obergerichtlich bestätigtes Recht zum weiteren Braunkohleabbau hat, dass angesichts Putins Krieg und Gas-Lieferstopp Kohle als Ersatzenergie kurzfristig noch gebraucht werde und auch die Renaturalisierung ohne ein stehen gebliebenes Lützerath viel einfacher sei. Vor allem aber werde der Braunkohleabbau acht Jahre früher als bisher ge­plant beendet. "In 18 Jahren wird mir ein heute Neugeborener meine aktuelle Energie­politik wohl kaum vorwerfen", sagte sie unter Beifall der Anwesenden.

Fazit: Mit Mut zur Tat durch alle Beteiligten und dem Willen zu vernünftigen Interessen­ausgleichen lässt sich der Ausbau der erneuerbaren Energien erheblich beschleunigen. Großer Beifall für die Referenten.

**Politisches Forum Mehr Mut zur Tat e.V.**

Schlüterstraße 26 · 48149 Münster · 0251-81048 · mehrmutzurtat@gmx.de · [www.mehrmutzurtat.de](http://www.mehrmutzurtat.de)

Vorstand: Dr. Karl-Heinrich Sümmermann (Vors.), Hans-Peter Kosmider (stv. Vors.), Christian Gerner